

V-08-053 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der
Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:

den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratien stößt. Dazu zählen auch die geplanten Zwangsumsiedlungen syrischer Schutzsuchender, die derzeit in der Türkei leben. Deutschland muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass dieser Völkerrechtsbruch und gewaltsame Bevölkerungsverschiebung nicht stattfinden. Die Bundesregierung muss hier entschlossen agieren Die Politik der Bundesregierung ist derzeit unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im

Begründung

Erdogans Invasion ist im Kontext seiner Abschiebungspläne zu sehen. Er will zwei Millionen syrische Geflüchtete in die sog. „Sicherheitszone“ umsiedeln. Er spricht von auf Freiwilligkeit basierenden Rückführungen – diese sind jedoch nicht freiwillig und auch keine Rückführungen, da die Menschen aus diesen Gebieten gar nicht kommen. Alarmierenderweise hat auch die UN diesen Sprech übernommen und hat ein Expertenteam des UNHCR damit beauftragt in enger Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden einen Plan für die Umsiedlungen zu erstellen, um eine "freiwillige und sichere Rückkehr" zu gewährleisten.